

Pressemitteilung

Hannover, 14. September 2015
Nr. 10

Kontakt:
Sonja Markgraf
Tel.: 0511 87953-11
mobil: 0172 3596871
E-Mail: markgraf@nlt.de

Aktuell fast 65.000 Flüchtlinge in Niedersachsen NLT begrüßt Grenzkontrollen als längst überfällig

Die Entscheidung der Bundesregierung, mit sofortiger Wirkung vorübergehend Grenzkontrollen zu Österreich einzuführen, ist aus Sicht des Niedersächsischen Landkreistages (NLT) dringend notwendig gewesen.

Der Präsident des NLT, Landrat Klaus Wiswe, Landkreis Celle, erklärt hierzu: „Der Zustrom an Flüchtlingen nach Deutschland wird auf Dauer anders nicht mehr zu bewältigen sein. Die Rückkehr zu einem geordneten Aufnahmeverfahren ist unerlässlich, um eine angemessene Unterbringung und Versorgung der Flüchtlinge und Asylbewerber wie auch sicherheitsrelevante Aspekte in ausreichendem Maß gewährleisten zu können. Ich habe daher an den Deutschen Landkreistag appelliert, hierzu bei der Bundeskanzlerin um ein Gespräch mit den Präsidenten aller Landkreistage der Länder nachzusuchen.“

Nach einer aktuellen Umfrage bei den Landkreisen und kreisfreien Städten haben zum 1. September 2015 fast 50.000 Personen Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz bezogen. Fast 7.000 davon sind in den Monaten Juli und August 2015 neu dazugestoßen. Hinzu kommen aktuell weitere 15.000 Personen, die sich noch in den Erstaufnahmestellen und in Notunterkünften des Landes aufhalten, die seit zwei Wochen ununterbrochen geschaffen werden müssen. Hielte die Dynamik der vergangenen Wochen bis zum Jahresende 2015 an, dürfte die bisher prognostizierte Zahl von 75.000 Asylberechtigten in Niedersachsen zum Jahresende deutlich übertroffen werden.

„Die Bewältigung dieser Flüchtlingskrise kann nur gesamteuropäisch gelingen. Das heutige Gespräch in Brüssel muss daher zum Ergebnis haben, dass die Flüchtlinge und damit die Lasten auf alle europäischen Länder verteilt werden. Sonst werden wir uns in Deutschland in Kürze in einem schwierigen Zustand befinden. Der damit verbundene gesellschaftliche Sprengstoff darf von den politisch Verantwortlichen nicht verkannt werden“, appelliert der NLT-Präsident abschließend in Richtung Bundesregierung.